



Kinderbetreuung: Initiativkomitee will Gegenvorschlag verbessern

Die SP Kanton Schwyz fordert mit ihrer Kinderbetreuungsinitiative bezahlbare Betreuungsangebote im ganzen Kanton. Der Schwyzer Regierungsrat anerkennt den Handlungsbedarf und präsentiert einen Gegenvorschlag zur Initiative. Nach eingehender Beratung begrüsst das Initiativkomitee den Gegenvorschlag im Grundsatz und schlägt konkrete Verbesserungen vor.

Dringlicher Handlungsbedarf

In seiner Antwort zur Initiative macht der Regierungsrat deutlich, wie dringlich die Forderungen der SP sind. Bereits 2018 stellte die Hochschule Luzern in einem Bericht zum Betreuungsangebot im Kanton Schwyz fest, dass sich nicht einmal die Hälfte aller Schwyzer Gemeinden finanziell an schul- oder familienergänzender Kinderbetreuung beteiligt. Diese fehlenden öffentlichen Beiträge führen dazu, dass für viele Familien Kinderbetreuung schlicht nicht bezahlbar ist. Dank der im Oktober 2020 eingereichten Kinderbetreuungsinitiative der SP soll sich das nun ändern.

Gegenvorschlag kommt gut an

Der Regierungsrat nimmt in seinem Gegenvorschlag das zentrale Anliegen des Initiativkomitees auf: ein flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot zu bezahlbaren Preisen. Zudem präsentiert er bereits eine konkrete Umsetzung. „Wir haben den Gegenvorschlag inzwischen im Detail studiert und können ihn unterstützen“, sagt SP-Präsidentin Karin Schwiter: „Er weicht nur in wenigen Punkten von unserer Initiative ab und bringt mit der vorgesehenen Einrichtung einer neuen Fachstelle für Kinderbetreuung einen begrüssenswerten zusätzlichen Aspekt. Falls das Parlament mitmacht, können wir das Anliegen unserer Initiative mit dem Gegenvorschlag sogar schneller verwirklichen.“

Es braucht noch Verbesserungen

Neben einigen kleineren Verbesserungsvorschlägen will das Initiativkomitee insbesondere sicherstellen, dass wirklich alle Familien im unteren und mittleren Einkommenssegment von den Betreuungsbeiträgen profitieren können: „So wie das Gesetz aktuell formuliert ist, schränkt es die Anspruchsberechtigung zu stark ein. Ausgerechnet Invalide, Kranke und Pensionierte würden beispielsweise durch die Maschen fallen und könnten für ihre Kinder keinen Anspruch geltend machen“, erläutert Kantonsrat Jonathan Prelicz.

Maximal 20 Franken pro Tag für tiefste Einkommen

Als zweiten zentralen Punkt will das Initiativkomitee den Eigenbeitrag pro Betreuungstag für Familien im untersten Einkommenssegment auf 20 Franken begrenzen. Dies entspricht der Empfehlung des Preisüberwachers und wird auch in anderen Kantonen so gehandhabt. Um diese Verbesserungen noch einzubringen, steht das Initiativkomitee im Austausch mit Mitgliedern der vorberatenden Kommission für Gesundheit und Soziales. «Wir setzen uns für eine breitabgestützte Vorlage ein. Falls ein guter Kompromiss zum Tragen kommt, ist das Initiativkomitee bereit die Initiative zurückzuziehen“, kündigt Jonathan Prelicz an. Die Initiative wird voraussichtlich in der Aprilsession im Kantonsparlament beraten.